

islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen

Nr. 123,

Zeitraum: 09.06.2011 – 04.07.2011

Sabah, 04.07.2011, S. 20

„Kein Aufstieg für Migranten in Parteien“

„Das Max-Planck-Institut untersuchte den Einfluss von Migranten in Parteien in der Kommunalpolitik. In Städten, in denen der Bevölkerungsanteil der Migranten 20% beträgt, sind nur 4% der Migranten in den Stadträten vertreten. Die Studie wurde mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung und der Mercator-Stiftung durchgeführt und in Berlin vorgestellt. Karen Schönwaelder, Leiterin der Studie wies darauf hin, dass in den Städten mittlerweile jeder vierte Einwohner einen Migrationshintergrund besitzt. In den Stadträten allerdings spiegelt sich diese Bevölkerungsstruktur nicht wieder.

Laut Studienergebnis haben Politiker mit Migrationshintergrund außerdem einen deutlich erschweren Karriereaufstieg in den Parteien als Politiker ohne Migrationshintergrund.“

Hürriyet, 02.07.2011, S. 14

„Milli Görüş möchte die Scharia in Deutschland“

„Der Innenminister von Deutschland, Hans-Peter Friedrich erklärt, dass in Deutschland einige islamische Organisationen daran arbeiten, die Scharia in Deutschland zu verbreiten. Darunter ist auch die Islamische Gemeinde Milli Görüş, die am größten ist.

Friedrich stellte gestern während des Pressetermins in Berlin den Verfassungsschutzbericht vor. In Deutschland gibt es 27 islamische Vereine mit insgesamt 37 370 Mitgliedern. Friedrich erklärte während des Pressetermins: „In Deutschland gibt es islamische Vereine, welche die Gesetze der Scharia in Deutschland zu verbreiten versuchen. Darunter ist die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş am größten.“ Der Innenminister wies außerdem auf die gefährlichste Gruppe, die Salafiten hin: „Diese Gruppe zieht vor allem junge Menschen über das Internet an und radikalisiert sie über das Netz. Mittlerweile ist auch klar, dass der Kosovare, der am Frankfurter Flughafen die beiden amerikanischen Soldaten umbrachte, über das Internet durch Salafiten radikalisiert und beeinflusst worden war. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Heinz Fromm wiederum beantwortete die Frage nach dem Gefährlichkeitsgrad der Salafiten mit folgenden Worten: „Unter den Salafiten gibt es eine Gruppe, welche Gewalt grundsätzlich ablehnt und von denen keine Gefahr ausgeht. Daneben gibt es jedoch eine weitere Gruppierung, die den Jihad verteidigt und von denen wiederum tatsächlich eine Gefahr ausgeht.“

Zaman, 30.06.2011, S. 2
(Ziver Ermis/Köln)

„Präsident des türkischen Direktorats für religiöse Angelegenheiten (Diyamet) Mehmet Görmez, appelliert an die Türken in Deutschland:

„Nur durch enge Beziehungen mit den Nachbarn wird die Islamophobie zurückgehen.“

In Deutschland fand die Versammlung zwischen der DITIB und den 900 Organisationen, die unter der DITIB organisiert sind und deren Religionsbeauftragten statt. Der Präsident von Diyanet, Prof. Dr. Görmez nahm an der Versammlung in Köln teil. Themen waren die Angst vor dem Islam in Deutschland und die Debatten über den Islam in Deutschland. Görmez betonte dabei, dass ausschlaggebend für die Abnahme der Angst die Gestaltung der nachbarschaftlichen Beziehungen ist. Während der Veranstaltung sind neue Lösungskonzepte für den Umgang mit missverständlichen und falschen Vorstellungen über den Islam in der deutschen Gesellschaft gesucht und erörtert worden. Darüber hinaus wurde diskutiert, wie die muslimische Gesellschaft in soziokulturellen Einrichtungen besser unterstützt werden können. Dabei wurden auch die Fragen mit Hinblick auf die religiöse Erziehung von Kindern und Jugendlichen erörtert. Der Generalkonsul des türkischen Generalkonsulats in Köln, Mustafa Kemal Başa, betonte während der Veranstaltung die Bedeutung der Zweisprachigkeit. Prof. Dr. Mehmet Görmez brachte seine Zufriedenheit über die Entwicklung von DITIB in Deutschland zum Ausdruck. Über die Gründung von ursprünglichen Moscheevereinen, haben sich die Vereine zu Organisationen entwickelt, die einen großen zivilgesellschaftlichen und sozialen Beitrag leisten.

Görmez erklärte, dass im Westen der Islam mit dem Angstbegriff einhergeht. Den Muslimen kommt daher die schwierige und gleichzeitig individuelle Aufgabe zu, die Angst im Alltag im nachbarschaftlichen Umgang zu lösen und zur Überwindung zu verhelfen: „Als Individuen haben wir in allen Bereichen der deutschen Gesellschaft die Aufgabe und die Verantwortung, die Angst vor dem Islam in den Menschen zu nehmen.“

Görmez rief dazu auf, im kommenden muslimischen Fastenmonat die Gelegenheit für gemeinsame Begegnungen aufzugreifen: „Wir sollten unsere nicht-muslimischen Nachbarn zum Fastenbrechen einladen und unsere Freundschaften und Nachbarschaften intensivieren.“ Der Botschaftsrat für Religionsangelegenheiten der Türkischen Republik in Berlin, Professor Ali Dere, kritisiert die große gesellschaftliche Spaltung durch das Schüren von Vorurteilen dem Islam gegenüber, insbesondere mittels der modernen Kommunikationstechnologien. Dere betont, dass die Beschaffenheit des Staates in Deutschland und auch die deutsche Rechtsordnung alle Voraussetzungen dafür besitzen, damit sich Muslime als zugehörig fühlen können und sich hier organisieren können. Dere fordert die Intensivierung der Beziehungen zwischen muslimischen und christlichen Organisationen.“

Hürriyet, 24.06.2011, S. 15
(Ünal Öztürk/Amsterdam)

**Freispruch für Wilders:
„Keine Strafe wegen Beleidigung“**

Die Aussagen des PVV-Vorsitzenden Geert Wilders in den Niederlanden wurden durch das Gericht als schwer beleidigend eingestuft, jedoch nicht als aufrührerisch. Das Gericht stellte fest, dass Wilders Aussagen von seitens der Politik bewertet werden müssen, Wilders jedoch keine Straftat begangen hat.

Wilders ist wegen Hass schürender Aussagen über Muslime und wegen seiner gegen Muslime hetzenden Botschaften in seinem Filme „Fitne“ angezeigt und angeklagt worden. Während der Gerichtsverhandlung wurde Wilders Film gezeigt. Einer der Kläger erklärte, dass er den Film nicht sehen möchte und sich sehr gestört fühlt. Der Richter drückte ihm

gegenüber sein Verständnis aus, was die Kritik von Wilders Anwalt nach sich zog: „Der Richter hat kein Recht dazu, persönliches Verständnis überhaupt anzudeuten.“

Der Richter betonte, dass einige von Wilders Aussagen über Muslime schwere Beleidigungen darstellen, aber nicht als aufrührerisch und hetzerisch eingestuft werden könnten. Der Gerichtsvorsitzende VA Oosten räumte zwar ein, dass Geert Wilders folgende Aussage in einer Reportage „Es gibt einen Kampf und wir müssen uns verteidigen“ aufhetzend ist, er aber im Verlauf der Reportage nicht die Muslime kritisiert, sondern den Islam. Aus diesem Grund wurde Wilders freigesprochen.

Urteil ist ein Sieg der Meinungsfreiheit

Wilders äußerte sich zum Urteil wie folgt: „Das ist die einzig richtige Entscheidung. Dieser Sieg ist nicht nur ein persönlicher Sieg für mich, sondern auch ein Sieg für die Meinungsfreiheit. Der Islam kann kritisiert werden – man konnte mir den Mund nicht verbieten. Von mir fällt eine große Last ab. Für ein solches Verfahren braucht man sowohl sehr viel persönliche Energie als auch sehr viel Geld. Ich werde mich ab jetzt voll und ganz der Politik hingeben.“

Geert Wilders wurde von der HTIB, von Privatpersonen und weiteren Organisationen wegen folgender Aussagen angezeigt:

[Es wurden nur einige Beispiele aus dem Artikel übersetzt, Anm. M. K.]

„Dieses Buch (der Koran) eröffnet den Weg für Hass und Mord. Deshalb ist es mit unserem Rechtssystem nicht vereinbar. Wenn die Muslime teilhaben möchten, müssen sie sich vom Koran distanzieren.“

„Jeder fünfte marokkanische Jugendliche ist polizeilichen Aufzeichnungen zufolge tatverdächtig. Die Quelle für das Verhalten der Jugendlichen ist ihr Glaube und ihre Kultur. Wir können diesen Zusammenhang auf keinen Fall verleugnen. Der Papst, der sagte, dass der Islam eine Religion der Gewalt ist hatte Recht.“

„Jeder muss sich unserer dominierenden Kultur anpassen. In zwanzig Jahren wird es hier niemanden mehr geben, der nicht angepasst sein wird, weil er bis dahin ausgewiesen ist.“

„Der Ursprung dieses Übels ist der faschistische Islam, Allah und Mohammed, die islamische Version von „Mein Kampf“, also die Krankheit, die bereits im Koran enthalten ist.“

„Der Islam ist eine gewalttätige Religion. Wenn Muhammed heute hier leben würde, dann hätte das Parlament hin schon längst in sein Land zurück gejagt.“

Sabah, 24.06.2011, S. 18

„Der in den Niederlanden wegen seiner rassistischen Hassreden und seiner diskriminierenden Aussagen gegen Muslime angeklagte Geert Wilders wurde freigesprochen. Das Gericht in Amsterdam befand, dass Geert Wilders Aussagen sich innerhalb des rechtmäßigen politischen Rahmens bewegen, obwohl sie beleidigend und diskriminierend sind. Der Vorsitzende des richterlichen Gremiums, Marcel van Oosten, erklärte, dass Wilders in den Anklagepunkten mit Hinblick auf seinen Film „Fitne“ und seinen Aussagen lediglich politisch bewertet werden kann, jedoch kein Strafdelikt darstellt. Der Richter erklärte, dass einige Aussagen von Geert Wilders sehr anstößig und beleidigend sind, aber nicht aufwiegelnd und hetzerisch. Nach diesem Urteil, wird eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte angestrebt.“

Sabah, 21.06.2011, S. 17

Kritik an Angela Merkel

Der ehemalige Justizminister von Niedersachsen und Kriminologe Christian Pfeiffer kritisiert die Bundeskanzlerin Angela Merkel für ihre Aussage über die Jugendliche aus Migrantenfamilien. Merkel zufolge sind Jugendliche mit einem Migrationshintergrund häufiger gewalttätig sind als Jugendliche aus deutschen Familien. Pfeiffer hingegen erklärt, dass laut Statistiken nur ein kleiner Teil der Jugendlichen mit Migrationswurzeln gewalttätig ist: „Es ist falsch, das Thema Gewalt mit dem Thema Integration so stark zu vermengen.“ Pfeiffer

betont, dass die Straftaten insgesamt unter Jugendlichen sinken. Pfeiffer hebt hervor, dass jeder fünfte männliche Jugendliche aus einer Migrantenfamilie die Schule ohne Schulabschluss verlässt: „An erster Stelle der Integrationspolitik muss die Integration in das Bildungssystem stehen. In Norddeutschland besuchen 54% der türkischen Jugendlichen Gymnasien und Realschulen. In Süddeutschland wiederum nur 25% der türkischen Jugendlichen, woraus deutlich wird, dass es große strukturelle Unterschiede gibt in Deutschland.“

Zaman, 20.06.2011, S. 4

(Bayram Aydın/München)

„Versuchsprojekt anonymisierte Bewerbungen verläuft positiv“

Firmen wie die Deutsche Post, die Deutsche Telekom, Mydays, L'oréal, Mydays, Procter & Gamble, das Bundesfamilienministerium und die Arbeitsagentur in Nordrhein-Westfalen und die Stadtverwaltung in Celle unterstützen das Projekt. Bewerbungen können sowohl per e-mail als auch schriftlich per Post eingereicht werden.

Der Fachkräftemangel in Deutschland ist nach wie vor ein aktuelles Thema für die betroffenen Firmen. Gleichzeitig haben Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationswurzeln trotz ihrer Hochschulabschlüsse und Ausbildungen keine Chance auf einen Arbeitsplatz, der ihren Qualifikationen entspricht. Um der ungerechten Behandlung entgegen zu wirken wurde deshalb das Projekt der anonymisierten Bewerbung ins Leben gerufen, woran sich einige Firmen beteiligten. In einer ersten Zwischenbilanz kommen nun die Früchte des Projektes zum Tragen: im Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wird erklärt, dass man nach fast einem Jahr bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt seiner Zielvorgabe deutlich näher gekommen ist.

Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes erklärt, dass die beteiligten Firmen zu positiven Ergebnissen gelangt sind. Das Pilotprojekt hatte seinen Startbeginn im November 2011 und wird bis zum März 2012 andauern. Die Bewerber geben weder ihren Namen, das Geschlecht, ihr Alter, ihren Familienstand noch ihre Nationalität an. Auf den Bewerbungsunterlagen gibt es auch kein Foto der Bewerber. Von seitens der Kritiker wurde die Bewerberauswahl als unmöglich und schwer bezeichnet. Diese Einwände und Befürchtungen sind laut der Ergebnisse unbegründet. Während des Projektes hatten die Initiatoren das Ziel herauszufinden, ob ältere Arbeitnehmer, Bewerber mit Migrationshintergrund und Frauen mit Kindern auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden oder nicht. Die ADS Vorsitzende Lüders unterstreicht, dass die Qualifikationen der Bewerber im Vordergrund der Auswahl stehen müssen.“

[Vgl. dazu:

http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2011/20110616_Zwischenbericht_anonymisierte.html;jsessionid=4F93D320FC6464CB29D7278360289DE4.2_cid103, Anm. M. K.]

Hürriyet, 18.06.2001, S. 16

(Bora Zerger/Essen)

Der Direktor des Zentrum für Türkeistudien, Prof. Dr. Hacı-Halil Uslucan erklärt: „In einer Gesellschaft können weder Vorurteile noch Klischees verhindert werden. Dennoch können wir Diskriminierungen entgegenarbeiten und entgegenreten.“

Anlässlich des 50. Jahrestages der türkisch-deutschen Migrationsgeschichte in Deutschland erklärt der Direktor des Zentrums für Türkeistudien in Essen, dass Vorurteile und Diskriminierungen nach wie vor die größte Hürde für die Integration sind. Der Diskriminierung muss laut Uslucan ethisch entgegengewirkt werden: „Es ist nicht möglich, die Menschen und was sie über andere Menschen bzw. Gruppieren denken, zu kontrollieren. Wenn aber Vorurteile und Diskriminierungen dazu führen, dass bestimmte Gruppen innerhalb einer Gesellschaft rechtlich benachteiligt, muss sowohl die Gesellschaft als auch die Politik aktiv werden.“

Professor Uslucan betont, dass das Zentrum für Türkeistudien nicht nur über das gesellschaftliche Phänomen Diskriminierung Studien erstellt. Es sind bereits thematisch breit gefächerte Untersuchungen zum Thema Integration in Arbeit und geplant. Für das Ministerium arbeitet das Zentrum für Türkeistudien im Moment an einer Studie über die Auswirkungen von Diskriminierung und ihren Folgen: „Die Politik kann unsere Ergebnisse verfolgen und nutzen und entsprechende Maßnahmen für die Zukunft umsetzen.“

Hürriyet, 25.06.2011, S. 5

„Umgekehrte Migration schadet Deutschland“

(Ali Varlı/Istanbul)

Während sich in Deutschland das 50-jährige Jubiläum der türkischen Arbeitermigration gefeiert wird, wandern viele der gut ausgebildeten in Deutschland geborenen Menschen mit türkischen Wurzeln in die Türkei aus. Den jüngsten Untersuchungen zufolge fällt die Abwanderung in die Türkei deutlich höher aus als die Einwanderung aus der Türkei nach Deutschland. In Deutschland fehlen derzeit 400 000 Ingenieure und Facharbeiterkräfte. Der Vorsitzende der deutschen Industrie und Handelskammer, Hans Heinrich Driftmann befürchtet eine weitere Zunahme des Fachkräftemangels in den kommenden 15 Jahren. Den Untersuchungen des futureorg-Instituts aus Dortmund zufolge, sind im Jahr 2009 35 000 Personen in die Türkei ausgewandert, wohingegen 27 000 Menschen aus der Türkei nach Deutschland eingewandert sind. Die Universität Konstanz hält in einer Untersuchung fest, dass auf dem Arbeitsmarkt in größeren Unternehmen 14% weniger Türkischstämmige als Deutsche zum Vorstellungsgespräch eingeladen werden. In mittelständischen Unternehmen sind es sogar 24% weniger Türkischstämmige als Deutsche.

Ciğdem Akkaya: „Die Verbindungen nach Deutschland werden nicht abgebrochen“

Worin liegen die Gründe für die hohen Auswandererzahlen der Türkischstämmigen jungen Generation nach Deutschland? Ciğdem Akkaya, die im Jahr 2004 in die Türkei zurückkehrte und seitdem eine Unternehmensberatung führt, erläutert die Beweggründe zur Motivation der Auswandernden:

„Im Gegensatz zu ihren Eltern sehen sich die jungen Universitätsabsolventen mit anderen Fragen zu ihrer Arbeitslosigkeit konfrontiert. Fragen wie „Weshalb finde ich keinen Arbeitsplatz bei der selben Qualifikation wie meine Mitbewerber, bei besseren Abschlussnoten als meine Mitbewerber usw., dann hat es eben doch etwas damit zu tun, dass ich Türke/Türkin bin“, führen zur Präferenz der Türkei. Natürlich gibt es unabhängig davon noch andere Gründe: der Karriereaufstieg in der Türkei für jemanden, der im Ausland seinen Hochschulabschluss erworben hat, verläuft deutlich schneller als in Deutschland. In Deutschland ist es sehr schwer, die Karriereleiter hochzuklettern. Es dauert viel zu lange. Die Unterschiede zwischen Deutschland und der Türkei sind enorm groß: Deutschland erlebt eine Zeit der hohen Arbeitslosigkeit. Die letzte wirtschaftliche Krise hat in einigen Sektoren in Deutschland große Spuren hinterlassen. In der Türkei ist die wirtschaftliche Dynamik hingegen sehr hoch: als ich hier im Jahr 2004 anfang, mussten wir noch viele Konsumgüter aus Deutschland bestellen. Das hat sich völlig geändert. Alle Produkte, die wir benötigen und privat konsumieren können wir hier kaufen.“

Die Verbindung zu Deutschland wird nicht abgebrochen - Sprachprobleme sind das größte Hindernis im neuen Alltag

Neben dem Willen und der Motivation zur Auswanderung gibt es jedoch auch Hürden, die es zu überwinden gilt. Ciğdem Akkaya weist vor allem auf die nicht ausreichenden Türkischkenntnisse im Geschäftsleben hin:

„Diejenigen, die in die Türkei auswandern sind zunächst einmal Menschen, die in einer globalisierten Arbeitswelt praktisch überall leben und arbeiten können.“

Von generellen Problemen hier kann nicht gesprochen werden. Wenn es aber eine große Hürde gibt dann sicherlich die fehlenden türkischen Sprachfertigkeiten. Diese beeinflussen zwar nicht den Alltag, schlagen sich jedoch im Arbeitsalltag nieder und führen zu Schwierigkeiten. Für entsprechende Führungspositionen sind sehr gute Türkischkenntnisse unabdingbar. Es ist sehr wichtig, dass sie sich gut ausdrücken können und sich eine hohe Akzeptanz dadurch verschaffen können. Darüber hinaus werden die Bindungen zu Deutschland nicht abgebrochen. Es gibt Etliche, die ihre Wohnungen in Deutschland behalten und sich nach einiger Zeit wieder eine Rückkehr vorstellen können. Ein deutlich größeres Problem liegt in der innerdeutschen Situation: es sind nicht genügend hoch- und gut qualifizierte Migranten in allen Segmenten des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft vertreten. Nur wenn genügend Migranten-Vertreter in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens präsent sind, werden Türken als selbstverständlich betrachtet. Wenn jedoch weiterhin fleißige und gut ausgebildete Vertreter in die Türkei auswandern, so bleiben nur noch die, die gering oder kaum qualifiziert sind. Sie wiederum können überhaupt nicht in die Türkei, da es in der Türkei keine Arbeitsmöglichkeit für Unqualifizierte gibt. Wenn also weiterhin die Gebildeten aus Deutschland auswandern, dann werden in kürzester Zeit wirklich ernsthafte Schwierigkeiten für Deutschland entstehen.“

Müge Yücel: „Es gibt keinen Gleichheitsgrundsatz in Deutschland“

Müge Yücel ist wegen der Diskriminierung von Migranten in Deutschland in die Türkei ausgewandert. Müge Yücel wurde in Vierzen geboren und ist deutsche Staatsbürgerin. Sie machte das Abitur in Deutschland und ging danach in die USA, um dort zu studieren. Nachdem sie in Amerika nach ihrem Studium der internationalen Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Finanzen für drei Jahre arbeitete, kehrte sie wieder nach Deutschland zurück. In Deutschland fand sie keinen Arbeitsplatz. Müge Yücel arbeitet und lebt seit 2008 in Istanbul:

„In Deutschland ist es praktisch unmöglich, in der vordersten Reihe mitzuspielen. Eben weil du eine Türkin bist und weil du auch noch eine Frau bist. Die bestehenden Vorurteile machen alle deine Qualifikationen zunichte. In Deutschland wurde ich bereits während der Bewerbungsgespräche mit sämtlichen Klischees konfrontiert: „Sie ist eine Frau und auch noch eine Türkin. Morgen heiratet sie und übermorgen bekommt sie Kinder und dann wird ihr Mann ihr eh verbieten, dass sie arbeiten gehen kann.“ So sehen die Stereotype in den Köpfen aus. Außerdem ist es sehr schwierig in Deutschland, Menschen für das eigene Projekt zu gewinnen oder sie davon zu überzeugen. Was die Arbeitswelt betrifft, so sind sich die Türkei und die USA sehr ähnlich. In Deutschland liegen die Dinge anders: dort müssen sich die Arbeitnehmer sehr engen Rahmenbedingungen anpassen. Für den Einzelnen ist es sehr schwierig, diese vorgegebenen Rahmen zu verlassen. Das ist hier anders. Istanbul macht es einem sehr leicht, Deutschland zu vergessen. Darüber hinaus kann man hier genauso gut sein Deutschsein ausleben.“

Ali Yiğit: „Was die Schwarzen in Amerika sind, sind die Türken in Deutschland“

Ali Yiğit wanderte nach Istanbul aus, weil er in Deutschland als Künstler nicht das vorfand, was er suchte. In Istanbul selbst wurde sein Name innerhalb kürzester Zeit bekannt. Er nimmt in verschiedenen Filmen und Serien Rollen ein, wie in der Serie „Fatma Gülün‘ün suçu ne?“ *[eine sehr erfolgreiche Serie und kontrovers diskutierter, so genannter „Straßenfeger“, Anm. M. K.]*. Yiğit erklärt, dass Türkeistämmige Schauspieler in Deutschland immer die Rolle des Bösen, des Täters, des Drogendealers spielen müssen: „Meistens ist noch typischerweise die Rolle des Gemüsehändlers vorgesehen oder die des Täters in einem Ehrenmord-Drama. Seit ein zwei Jahren ändert sich das allmählich, aber nur sehr schleppend. Das deutsche Kino hat mittlerweile sehr viele talentierte Schauspieler an die türkische Filmindustrie verschenkt. Die Türkei selbst ist ein guter Hafen, um den ständigen Diskussionen und dem Druck rund um Integration, Migration und gescheiterter Integration zu

entfliehen. Das wichtigste jedoch hier ist das Beherrschen der türkischen Sprache. Viele meiner Freunde haben Istanbul und die Türkei aus dem Grund wieder verlassen müssen.“

Ünsal Meseci: „Wir legen den Koffer nicht mehr ab.“

Ünsal Meseci ist der Gründer von MPOOL Film, einer türkisch-deutschen Filmkooperation. Mit sieben Jahren kam er aus Yozgat nach München, danach zog er nach Berlin um und von Berlin aus nach Istanbul. „Eigentlich sind wir Kofferkinder. Wir sind ständig im Reisen und legen die Koffer nie aus der Hand.“ Meseci erklärt, dass die Arbeitswelt sich stark verändert hat und nationale Grenzen keine Rolle mehr spielen: „Es ist unabhängig davon, was sie arbeiten und wo. Die Arbeitswelt ist international und geprägt von kultureller Vielfalt. Wir sind nach Istanbul gezogen, um für unsere Firma eine Brücke aus der Türkei nach Deutschland bilden zu können.“ Meseci sagt, dass eine Rückkehr nach Deutschland nicht in Frage kommt: „Es gibt keinen Ort, an den wir zurück kehren könnten, da wir globale Menschen sind. Die feste örtliche Gebundenheit gibt es nicht mehr. Ich kenne die Türkei sehr gut. Ich selbst wohne in Istanbul, fühle mich aber der deutschen Kultur sehr viel verbundener. Mit unserer Migration in die Türkei bringen wir neue kulturelle Aspekte mit.

Das Leben in Istanbul fließt. Das Leben reißt einen hier unweigerlich mit. Das ist in Berlin völlig anders. Die Initiative liegt deutlich stärker in der eigenen Hand. Es ist sehr schwer sich daran zu gewöhnen. Abgesehen davon, auch wenn ihr Name ein türkischer Name ist, verrät ihr Akzent, dass sie ein „Almanci“ sind *[wörtlich Deutschländer; Bezeichnung für die in Deutschland aufgewachsenen und geborene Türkeistämmigen ab der zweiten Generation, Anm. M. K.]*.

Zeynep Yürekli: „Niemand hält sich an die vereinbarten Termine.“

Zeynep Yürekli arbeitet in der Finanzabteilung einer deutschen Firma in Istanbul. Im Jahr 2006 zog sie zunächst nach Izmir und von dort aus nach Istanbul. Sie ist in Deutschland geboren und studierte in der Türkei. Zeynep Yürekli teilt nun die Empfindungen ihrer Eltern, als diese nach Deutschland auswanderten – nur umgekehrt. Yürekli möchte wieder nach Deutschland zurückkehren: „Ich möchte noch vier weitere Jahre hier arbeiten und dann zurück nach Deutschland. Die deutsche Kultur ist mir viel näher als die türkische Kultur. Am meisten stört mich, dass die Menschen zu den Terminvereinbarungen nicht erscheinen. Istanbul ist eine sehr chaotische Stadt – daran habe ich mich immer noch nicht gewöhnt. Dass ich bei einer deutschen Firma angestellt bin, erleichtert mir jedoch mein Arbeitsleben, weil die Arbeitskultur in den türkischen Firmen sich deutlich von der Arbeitskultur in deutschen Firmen unterscheidet.“

Hürriyet, 11-12-13 Juni 2011, S. 13

(Zeynel Lüle)

„Keine französische Staatsbürgerschaft für Machos“

In Frankreich ist einem Algerier der Antrag für die französische Staatsbürgerschaft abgelehnt worden. Die Begründung liegt im Umgang mit seiner französischen Ehefrau, die ohne seine Erlaubnis das Haus nicht verlassen darf und mit niemandem sprechen darf. Der algerische Staatsbürger lebt in Alsace und ist seit vier Jahren mit einer Französin verheiratet. In einem persönlichen Gespräch mit dem Antragsteller wurde von seitens des Regierungsbezirkes die Ablehnung entschieden. Sein Umgang entspricht nicht der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Frankreich, so die Begründung. Im Bericht wird darüber hinaus das grobe Verhalten des Antragstellers kritisiert.

Integration in die Gesellschaft notwendig

Die französische Presse titelte die Entscheidung mit der Überschrift „Neues Kriterium für die französische Staatsbürgerschaft.“ Ein Sprecher aus dem Regierungsamt hingegen erklärte, dass sich die Ablehnung des Antrags auf folgende gesetzliche Bestimmung beruht: „Wenn

der Antragsteller während seiner Ehe mit einem französischen Staatsbürger den Antrag für die französische Staatsbürgerschaft stellt, so muss er beweisen können, dass er sich in die Gesellschaft integriert hat. Wenn das nicht der Fall ist, dann kann der Antrag abgelehnt werden.“ Die Begründungen für die Ablehnung des Antrags besitzen somit Präcedenzwirkungen, die für zukünftige Anträge ausschlaggebend sein könnten.

In der Begründung sind weitere Punkte aufgezählt: der Antragsteller hat sich nicht bemüht, sich in die französische Gesellschaft zu integrieren. Seit seiner Ankunft war er lediglich für vier Monate auf einer Angestellte beschäftigt. Seit 2006 lehnt der Antragsteller infolge einer Erkrankung Arbeitsangebote ab. Der Umgang mit seiner Ehefrau entspricht nicht dem gleichberechtigten Umgang zwischen Frauen und Männern in der französischen Gesellschaft. In Frankreich werden jedes Jahr 130 000 Personen eingebürgert. 16 000 davon innerhalb der Eheschließung.

Zaman, 09.06.2011, S. 4

(Ziver Ermis)

„Deutschland erkennt massenhafte Diskriminierung nicht an.“

Deutschland genießt in seinen Bemühungen gegen Rassismus und Diskriminierung den berechtigten Respekt. Dennoch ist weder von Seitens der Medien noch von Seitens der Politiker das fehlende kommunale Wahlrecht für die in Deutschland lebenden Türken ein Thema, obwohl die Betroffenen seit mittlerweile 50 Jahren in Deutschland leben.

Deutschland ist vorbildlich in seiner Bekämpfung gegen Rassismus: im Jahr 2006 wurde das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verabschiedet. Seitdem sind die Initiativen vor Ort, insbesondere in Kommunen, mit der dazugehörigen Anzahl an entsprechend Einrichtungen gestiegen. Migranten können sich an die Einrichtungen wenden, wenn sie wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religionszugehörigkeit oder ihres Kleidungsstils in ihrem Berufsleben und auf ihrem Bildungsweg diskriminiert werden. Dadurch wird der individuellen Diskriminierung Einhalt gewährt, indem das Recht des Einzelnen einklagbar ist, wohingegen der massenhaften Diskriminierung weiterhin stattgegeben wird. Das betrifft insbesondere die Berichterstattung in den Medien in Deutschland, die nach wie vor diskriminierend gegenüber Migranten geprägt ist. Insbesondere in Berichten über Straftaten von Jugendlichen wird mit zweierlei Maß gemessen: muslimische oder türkische Jugendliche sind von vornherein krimineller Gewalt zugeneigt. Ihre Gewaltbereitschaft resultiert aus ihrem Glauben. Während in deutschen Familien die Ermordung von Familienmitgliedern in den Medien als „Familientragödie“ bezeichnet wird, so sind es in muslimischen oder türkischen Familien grundsätzlich Ehrenmorde.

Auch Politiker beteiligen sich an der massenhaften Diskriminierung. Überall auf der Welt handeln Politiker pragmatisch. Das bedeutet gleichzeitig, dass sie Profit orientiert sind. Sie achten genau darauf, wie und wo sie Wählerstimmen gewinnen können. Aus diesem Grund sind während der Wahlkämpfe Türken ein beliebtes Thema. Das rechte Wählerpotenzial und somit das Stimmenpotenzial wird dadurch gewonnen. Aus der jüngsten Vergangenheit bilden die Diskussionen um Thilos Sarrazin und seine Ansichten über Muslime und Migranten in Deutschland einen traurigen Höhepunkt. Laut der damaligen Umfragen unterstützten 80% der deutschen Bevölkerung Sarrazins Thesen, was einige Politiker zur Jagd von Wählerstimmen veranlasste. Die Aussage der Bundeskanzlerin Angela Merkel zum damaligen Zeitpunkt, dass Multikulti gescheitert sei, ist ein Beweis dafür. Der Vorsitzende der Schwesternpartei der CDU, Horst Seehofer erklärte, dass die Einwanderung von Muslimen nach Deutschland vollständig gestoppt werden muss. Auch aus der SPD, die seit Jahren die Wählerstimmen der Türkeistämmigen Deutschen erhält, waren ähnliche Töne zu vernehmen. Sigmar Gabriel, der Vorsitzende der SPD erklärte zum selben Zeitpunkt, dass Integrationsunwillige Deutschland zu verlassen hätten.

Neben den Medien und den Politikern, ist das fehlende kommunale Wahlrecht für Türken in Deutschland in höchstem Maße diskriminierend. Während jeder EU-Bürger, der drei Monate in Deutschland lebt bereits das kommunale Wahlrecht ausüben darf, gilt das nicht für die hier lebenden Türken. Unabhängig davon, ob sie hier geboren wurden oder seit bereits 50

Jahren in Deutschland leben. Ein weiterer diskriminierender Aspekt ist die fehlende Anerkennung des Islam als Religionsgemeinschaft im Grundgesetz. Das gilt nur für die Christen und die Juden. Im Gegensatz zu den sunnitischen Muslimen ist jedoch die Alevitische Föderation als Religionsgemeinschaft in Deutschland anerkannt. Obwohl die muslimischen Organisationen unter dem Dachverband des KRM versammelt sind, erhalten sie nicht den Status als anerkannte Religionsgemeinschaften.

In NRW gibt sich der KRM damit zufrieden, lediglich den Islam-Religionsunterricht erteilen zu dürfen. In Deutschland ist EU-Bürgern die doppelte Staatsbürgerschaft erlaubt. Türkische Staatsbürger müssen ihre Staatsbürgerschaft aufgeben, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen. Aus diesem Grund hat der Vorsitzende Hasan Özdoğan des UETD vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geklagt. Laut Özdoğan verträgt sich die Diskriminierung des deutschen Staatsbürgerschaftsgesetzes nicht mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz in Deutschland.

Obwohl Deutschland stark gegen individuelle Diskriminierung vorgeht, wird die vielfache Diskriminierung weiterhin fortgesetzt. Die Diskriminierung durch die Medien, die Regierung und die Politiker beeinflusst folglich auch das Bild der Deutschen, das sie über Migranten besitzen.